

Diezer Zeitung



(Kreis-Anzeiger.)

(Lahn-Bote.)

(Kreis-Zeitung.)

Preis der Einzelhefte
Die einseitige Seite 60
Zwei Seiten 1.20
Kontingente 2.40

Ausgabestellen
Diez, Rosenstraße 34.
Jernsprecher Nr. 17.
Verantwortlich: Dr. W.
Schriftleitung:
Karl Breidenbach, Gm.

verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 285

Diez, Donnerstag, den 14. Oktober 1920

26. Jahrgang

Die Entschädigungsfrage.

Delacroix in London. Nach einer Privatmitteilung des Temps aus London glaubt man in unterrichteten Kreisen, es werde dem belgischen Ministerpräsidenten Delacroix gelingen, im Laufe seiner Unterredung mit Lord George ein Kompromiß herbeizuführen, um eine Einigung zwischen dem französischen und englischen Standpunkt über die Entschädigungsfrage zu erzielen.

Der Standpunkt Englands.
London, 13. Okt. Wie verlautet, bleibt die britische Regierung auf dem Standpunkt, daß die Deutschen als vollstündige Mitglieder der Konferenz für Schadenersatz beizutreten hätten, und daß die Verabredung von Spa keineswegs für ungültig erklärt sei. Daily Chronicle schreibt: Die britische Regierung wünscht eine baldige Regelung der Entschädigungsfrage, nämlich die Feststellung eines Betrags, den Deutschland zu zahlen praktisch imstande sein wird. England wünscht nicht, daß Generationen hindurch ein Damoklesschwert über Deutschland schweben soll, sondern wünscht vielmehr die endgültige Regelung. Es wünscht keinen Frieden dem Namen nach, sondern einen tatsächlichen Frieden in Europa.

Englisch-französisches Einverständnis.
Paris, 13. Okt. In heißen politischen Kreisen wird der Standpunkt vertreten, daß man vielleicht schon am Donnerstag den Zeitpunkt bestimmen werde, an dem eine Sachverständigenkommission zu einer eingehenden Beratung über die Entschädigungsfrage zusammentreten werde. Jedenfalls werde auch zugleich der Zeitpunkt festgelegt, an dem die Konferenz der Regierungschefs, die die englische Regierung vorgeschlagen habe, und die dem Abkommen von Spa entspreche, tagen werde. Das Journal des Débats bestätigt diese Auffassung und glaubt, daß das Einverständnis zwischen Frankreich und London über das Verfahren seinerzeitige Fortschritte gemacht habe.

Im Finanzausschuß der französischen Kammer.
Paris, 13. Okt. Die Entschädigungsfrage ist im Finanzausschuß der Kammer, der zur Durchberatung der vorliegenden Titel des Haushaltsplanes für 1921 seine Arbeiten bereits begonnen hat, durch keinen nennenden Hinweis zum Gegenstand einer Ausföhrung gemacht worden, auf die man hinweisen muß. Auch er sagte, die durch den Völkerverbund veröfentlichten Zahlen über die finanzielle Belastung in den einzelnen Ländern beweise, daß Frankreich an der äußersten Grenze der fiskalischen Tragfähigkeit angekommen sei. Solange der Entschädigungsplan noch nicht erfüllt sei, bleibe eben Frankreich eines Teiles seiner produktiven Kraft nicht verfügen könne. Frankreich habe den Geldmitteln in der ehemaligen Kampagne bis jetzt 35 Milliarden Unterstützung gewährt, das sei ein Vorschuß, den man Frankreich geleistet habe. Um die Entschädigungsfrage in sich zu halten, hat der Finanzausschuß in seiner ersten Sitzung beschlossen, seinen Vorsitzenden, die beiden Generaldirektoren für den Haushaltsplan, Dumont und de Lamoignon, sowie den ehemaligen Minister Doumer als Berater für die mit Deutschland vorzunehmende Abrechnung über erfolgte Leistungen nach dem Aufbaugesetz zu ernennen. Dort sollen die vier Abgeordneten drei Tage bleiben und eine eingehende Erhebung veranstalten.

Minister Haenisch über die Grenzmarkenpolitik.

Breslau, 12. Okt. Der Unterrichtsminister traf am Mittwoch zu einem Empfang im Rathaus ein. Die Begrüßungsansprache hielt der Oberbürgermeister. Minister Haenisch bezeugte in seiner Erwiderung zunächst die Empörung, als werde Breslau von der Regierung etwas fremdlich behandelt, als unberechtigt. Die Bedeutung dieser als kulturellen Bollwerks, als Reichs gegen die polnische Flut werde von der Staats- und Reichsregierung nicht gewürdigt. Gedankengänge, wie sie der Oberbürgermeister geäußert — Errichtung und Stärkung geistiger Grenzwälle für das Deutschland — seien insbesondere im Unterrichtsministerium nicht fremd, ja mehr als das: wir wir solche Grenzwälle nicht, so müßten wir sie schaffen! Darum habe die Staatsregierung, die ja gleich den Breslanern nicht Herr ihrer Mittel und gleich ihnen Kostenträger des Reichs sei, sich trotz der Not der Zeit zur Errichtung einer neuen Universität in Köln entschlossen. Diese Frage aber zugleich im Fingerring nach der Richtung, die die Regierung in der Frage der Förderung des kulturellen Lebens eingeschlagen habe. Sie gehe von der Ansicht aus, daß die besetzten Gebiete des Westens infolge der überhöhten französischen Verberaterität noch weit mehr veröfentlicht seien als der Osten. Allerdings vernachlässigt dürfen darüber auch die Ostlande nicht werden. Er habe daher mit einem Entwurf an das Staatsministerium vorgeschlagen, um größere Mittel für die Erhaltung musischer und theatralischer Einrichtungen auch in Ostpreußen unternehmen, den daran geknüpften Wünschen und Forderungen nicht entsprechen; es sei lediglich beschlossen worden, Verhandlungen zwischen dem Unterrichts- und dem Kultusministerium darüber einzuleiten, ob es nicht möglich sei, eine Verringerung des Fehlbetrags der Staats- und Kultusminister herbeizuführen und die dadurch erzielten Erträge für die Unterstützung von Theatern in nationalsozialistischen Gegenden zu verwenden. Er bitte, versichert zu werden, daß das Ministerium auf der Wacht sei. Der Minister erklärte noch, daß er zu einem Abbau der staatlichen

Hochschulen in Breslau, der Universität, der Technischen Hochschule und der Kunstakademie, niemals seine Hand bieten werde, und schloß mit dem Wunsch, daß es der Stadt Breslau gelingen möge, sich ihren Kulturbesitz zu erhalten.

Zur Frage der Sozialisierung.

Hannover, 13. Okt. Die Vereinigung niedersächsischer Handelskammern, die Landwirtschaftskammer für die Provinz Hannover und der niedersächsischen Landwirtschaftsmarkttag haben an das Landwirtschaftsministerium und den Reichskohlenrat folgendes Telegramm gerichtet:

Einer Kohlensozialisierung nach den Plänen Federers und Rathenau, die einen Rückgang der Produktion und eine Preissteigerung der Kohle, eine Verringerung der Ausfuhr deutscher Waren und eine Beschränkung des Lebensbedarfs naturnotwendig zur Folge hätte, kann keine Regierung, keine Volksvertretung zustimmen, der am Wiederaufbau der Wirtschaft und am innern Frieden liegt. Die einheitliche Kraft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Reich und Volk zu verberden droht, läßt sich überbrücken, wenn die Führer unserer Völkische frei von Parteipolitik, ohne Ueberstürzung und unter ausgiebiger Anhörung der besten Köpfe aus Bergbau, Kohlenhandel, Brennstoffverarbeitenden Gewerben und Konsumentenschaft denjenigen Weg suchen, auf dem unter Wahrung der berechtigten Interessen aller Beteiligten Produktionssteigerung und Preisfestsetzung mit Sicherheit zu erreichen sind. Der Wirtschaftsbezirk Niedersachsens, der in steigendem Umfang Kohlenzufluß erfordert, will nicht durch verwerfliche Experimente um den Erfolg seiner Wiederaufbauarbeit gebracht werden. Er erwartet, daß die Entscheidung der Berliner Instanzen nicht eher fällt, als bis alle Landestheile, die eigenes Wirtschaftsleben haben, unter Erwägung ihrer besondern Verhältnisse zu Wort gekommen sind. Wir beantragen Ruffstellung endgültiger Beschlüsse, bis die Bezirkswirtschaftsräte gebildet und zur Kohlensozialisierung gehört worden sind.

Arbeiter gegen die Sozialisierung des Kohlenbergbaus.

Berlin, 13. Okt. Die Nationalliberale Korrespondenz schreibt: Das Gewerkschaftsblatt Hannover des Nationalverbandes deutscher Gewerkschaften nahm nach Reden der Reichstagsabgeordneten Adams, Effen, und Geisler, Berlin in Betreff der Sozialisierung des Kohlenbergbaus einstimmig folgende Entschärfung an:

Die Versammlung eröfnet in den beiden Sozialisierungsentwürfen für den Bergbau keine geeigneten Grundlagen für gesetzgeberische Maßnahmen zur Sozialisierung des Bergbaus. Sie vertritt grundsätzlich die Auffassung, daß vor einer überhöhten Inanspruchnahme der Gesetzgebung wirkliche Sachleute und nicht lediglich parteipolitische einseitig festgelegte Politiker und Theoretiker befragt werden müssen. Solange nicht von bewährten Männern der Praxis die Fragen bejaht werden können, ob 1. durch eine Sozialisierung des Bergbaus die Kohlenproduktion gesteigert werden kann, und ob 2. die Sozialisierung statt einer weiteren Verteuerung eine Verbilligung der Kohlenpreise zur Folge hat, eröfnet die Versammlung in den Sozialisierungsversuchen leichtfertige Experimente, die für die deutsche Wirtschaft weitere schwere Schädigungen, vorwiegend ihren vollständigen Zusammenbruch im Gefolge haben müssen. Die Versammlung fordert von der Regierung und vom Parlament zunächst, die schon sozialisierten Staatsbetriebe rentabel zu machen, die allmählich wieder gesunde Wirtschaft für längere Zeit in Ruhe zu lassen, und die im Laufe der Entwicklung sich als notwendig erweisenden Reformen bessere Zeiten zuzuwenden. Das schließt nicht aus, daß sich inzwischen die Arbeitnehmer und die Werkleiter über eine Form der Gewinnbeteiligung verständigen.

Die Kohlenversorgung der Textilindustrie.

Berlin, 13. Okt. Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Hugo, ob die Reichsregierung bereit sei, die Textilindustrie als lebenswichtige anzuerkennen und dementsprechend bei der Kohlenbelieferung bevorzugt zu behandeln, ist folgende schriftliche Antwort ergangen:

Das Spa-Abkommen verpflichtet uns, die hochwertigen Brennstoffe in erster Linie der Entente zur Verfügung zu stellen. Infolgedessen reichen diese für eine Versorgung der inländischen Industrie in dem bisherigen Umfang nicht aus. Eine Verordnung des Reichskohlenkommissars, wonach diese Mengen ausschließlich den lebenswichtigen Betrieben zugeführt werden sollen, ist nicht ergangen. Da jedoch eine Reihe lebenswichtiger Betriebe nur mit hochwertigen Brennstoffen aufrechterhalten werden kann, wie z. B. Eisenbahn, Schifffahrt, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ein Teil der Nahrungsmittelindustrie, so liegt es in der Natur der Sache, daß zunächst diese mit hochwertigen Kohlen beliebert werden müssen. Der Rest wird auf die gesamte übrige Industrie, also auch auf die Textilindustrie verteilt. Als Ausgleich werden ihr minderwertige Brennstoffe nach Bedarf zugeführt. Eine nach Rummern gegliederte Gruppeneinteilung der Industrie zum Zweck der Kohlenbelieferung gibt es hierbei nicht. Es wird bei der Verteilung der Kohlen lediglich zwischen lebenswichtigen Betrieben und sonstiger Industrie unterschieden. Eine Einteilung der Textilindustrie in „Gruppe 7“ kann daher nicht erfolgt sein. Anscheinend ist die Zahl 7 der Industriemerkmalen entnommen. Die hier angegebenen Zahlen bedeuten tatsächlich aber nicht eine Reihenfolge in der Belieferung, sondern lediglich eine Aufstellung nach Verbrauchsgruppen, die für statistische Zwecke wichtig ist. Bei der Kohlenverteilung wird die Textilindustrie auch weiterhin, ihrer großen Bedeutung entsprechend, berücksichtigt werden. Sie wird aber in ihrem eignen Interesse gut daran

tun, sich ebenso wie die übrigen Industriezweige auf die Kohlenbelieferung minderwertiger Brennstoffe einzurichten. Daß der Reichskohlenkommissar der Wichtigkeit der Textilindustrie Rechnung trägt, ist ohne weiteres daraus ersichtlich, daß die Zufuhr von Brennstoffen an sie dauernd geübt ist. Wenn trotzdem in einzelnen Fällen Betriebe zum Erliegen kamen, so ist dies nicht auf Kohlenmangel, sondern in erster Linie auf Abnahmangel zurückzuführen.

Gegen die Kapitalflucht.

Berlin, 13. Okt. Die Vorlegung des neuen Gesetzes gegen die Kapitalflucht ist veranlaßt worden durch die Tatsache, daß das bisherige Gesetz am 1. Oktober außer Kraft getreten ist. Man nahm bei der Festsetzung dieses kurzen Termins an, daß die Veranlagung der hauptsächlichsten neuen Steuern bis dahin abgeschlossen sein werde. Diese Voraussetzung ist nicht eingetreten und es müssen die Abwehrmaßnahmen gegen die Kapitalflucht aufrechterhalten werden. Das neue Gesetz faßt die in verschiedenen Gesetzen und Verordnungen zerstreuten Vorschriften dieser Art zusammen und nimmt gleichzeitig einige Änderungen und Ergänzungen vor. Der Paragraph 2 beschränkt die Erklärungsfrist bei Ausföhrungen zur Veräußerung von Wertpapieren, Zahlungsmitteln usw. nach dem Auslande auf Nichtbankiers. Der Paragraph 6 bringt Ausnahmestrichungen mit einer weiteren Erleichterung für den Geldverkehr der Reichs- und Staatsbehörden sowie mit einer teilweise Herabsetzung der Vergütung für Ausländer, sofern brieflich oder telegraphisch die aus dem Auslande erteilten Aufträge eines Ausländers von den Vorschriften des Gesetzes ausgenommen werden. Bei Veräußerungen von Zahlungsmitteln und Guthaben zugunsten einer im Auslande ansässigen Person oder Firma ist die zeitliche Begrenzung fallengelassen und gleichzeitig die Freigrenze auf 3000 Mark erhöht worden, jedoch unter Beibehaltung der zeitlichen Begrenzung innerhalb eines Kalendermonats.

Der Parteitag der Unabhängigen.

Halle, 12. Okt. Der Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wurde heute in Anwesenheit von mehr als 500 Teilnehmern, darunter auch ausländischen Parteigenossen, von dem Parteivorsitzenden Crispian eröffnet. Dieser erklärte in seiner Rede u. a., um eine wirksame Aktion zu ermöglichen, sei volle Klarheit über Charakter, Grundsätze, Absichten und Ziele der unabhängigen sozialistischen Partei notwendig. Diese Klarheit sei nur möglich durch klares Annehmen oder Ablehnen der wesentlichen Aufnahmebedingungen und gegebenenfalls der Bezeichnung der Partei als kommunistische Partei Deutschlands, Sektion der Dritten kommunistischen Internationale. — Zu Vorsitzenden wurden Dittmann und Bräutigam gewählt.

Berlin, 13. Okt. Ueber den Parteitag der Unabhängigen in Halle berichtet die Deutsche Allgemeine Zeitung u. a.:

In der Nachmittagsitzung betonte Richard Müller, daß die Entwicklung wegen der innern Widersprüche zum Zusammenbruch treibe. Unbedingtes Erfordernis sei, die Genossen auszusortieren, die die radikalen Forderungen nicht vertrügen. Crispian erwiderte, eine Kernfrage sei, ob die Arbeiterparteien organisiert werden sollten durch Sprengung der Gewerkschaften, oder ob sie ein Organ des Klassenkampfes sein sollten. Darüber bestehe keine Klarheit, und diese Klarheit müsse vor allem herbeigeführt werden. Für die Forderung der Partei seien zwei Gründe maßgebend. Einzelne Vertreter seien politisch wie betrunken, und in der Zeitung befänden sich Leute, die jede kommunistische Parole ausgriffen und die Zeitung angriffen, sobald sie diese Parole nicht folge leiste. Dittmann stellte sich auf den Standpunkt, daß im Aktionsprogramm eine selbständige Zusammenfassung der Betriebsräte gar nicht vorgesehen sei, und gerade in dieser Frage hätte die überwiegende Mehrheit den Standpunkt der Parteileitung eingenommen. Während der Sitzung wurde eine von Debevoise, Rosenfeld und anderen unterzeichnete Entschärfung verteilt, die das Bedauern des Parteitagss darüber zum Ausdruck bringt, daß der zweite Kongreß der Dritten Internationale durch seine Beschlüsse der internationalen Vereinigung des Proletariats nur neue Hindernisse bereitet habe. Besonders gefehle dies durch die verlangte Aufhebung der Selbständigkeit der angeschlossenen Landesparteien, durch die geforderte Zerrückung der gewerkschaftlichen Internationale sowie durch den geforderten Ausschluß ganzer Scharen von Parteigenossen. Wegen die bedingungslose Unterordnung der Landesparteien unter eine Zentralleitung soll Einspruch erhoben werden. Die Aufnahmebedingungen der Dritten Internationale sollen grundsätzlich abgelehnt werden. Nach den heutigen Erörterungen muß es als wahrscheinlich gelten, daß es bei der Beratung dieser Entschärfung zu heftigen Kämpfen wenn nicht zum Bruch kommen wird.

Deutschland.

Die Ortsklassen. Aus Anlaß der Beantwortung einer kleinen Anfrage in der preussischen Landesversammlung wird aus dem preussischen Finanzministerium nochmals bestätigt, daß die Neuauflistung eines Ortsklassenverzeichnis für das ganze Reich in Vorbereitung ist. Das Reichsfinanzministerium läßt dieses Verzeichnis auf Grund statistischer Erhebungen über Mietpreise und sonstige Preisverhältnisse bearbeiten. Bis dahin soll einzelnen Anträgen auf Vergebung bestimmter Orte in eine höhere Klasse nicht Folge gegeben werden.

Die Besetzungszulage.

Berlin, 12. Okt. Der Unterrichtsminister hat auf eine Anfrage Dr. Geh in der Landesversammlung über die Zulagen für die Geistlichen in den besetzten Gebieten geantwortet, daß die laufenden Wirtschaftsbeihilfen in den besetzten Gebieten nur an Staatsbeamte und Volksschullehrer (Lehrerinnen) sowie an die im preussischen Staatsdienst beschäftigten Angestellten gezahlt werden. Da die Geistlichen

einige derselben wollten vor ihrer Abreise
Abschied nehmen, andere hatte Thunelda auf
tion, die Ausstellung des Porträts im eigenen

Ramen neue weitere Schwindelchen verübten; bis sie am Dienstag in einem Hotel geschnappt und verhaftet wurden. Einige Stunden nach seiner Verhaftung machte Robens im Untersuchungsgefängnis Parafiri, indem er sich mit der Glas-Scheibe des Fensters den Bauch aufschnitt. Robens kam in das psychiatrische Krankenhaus. Doch hatte die Polizei für diese Methode kein Verständnis. Denn nicht mit Unrecht nahm man an, daß er nach kurzer Zeit wieder aus dem Krankenhaus entweichen wollte. Nach Auflegung eines Verbandes brachte man den Jülicher in das Untersuchungsgefängnis zurück.

Silbermünzen in Korsetts. Zwei junge Saarbrücker, ein Schaufelrührer und ein Schriftsetzerlehrling Helen Schön während des Rennens in Frankfurt a. M. Kriminalbeamten durch ihren wackeligen Gang aus. Als man sie abends auf dem Bahnhof sah, gingen sie noch wackeliger; man nahm sie auf die Wache und machte folgende Entdeckung: Unter dem Rock trug jeder der jungen Herren zunächst eine Weste, mit unzähligen Taschen, in der lauter deutsche Silbermünzen steckten. Unter den Westen kamen sodann Korsetts zum Vorschein, die ebenfalls große Mengen Münzen bargen. Jeder der Jülicher trug etwa einen halben Zentner Münzen am Leibe, die sie in Frankfurter Schieberkreisen aufzukaufen hatten. Die Feststellungen ergaben, daß die Leute diese Silber-Sammlereien von Saarbrücken nach Frankfurt schon sehr oft unternommen hatten.

Aus Provinz und Nachbargebieten.

1. Kollenz, 11. Okt. Die vor zwei Wochen niedergebrannte Burg Ell soll so bald wie möglich wieder aufgebaut werden. Die Burg, deren Gemäuer noch steht, wird mit neuen Ziegeln versehen, die sich genau den erhaltenen anpassen sollen. Zunächst wird das Höfchenhaus ein Norddach erhalten. Die frühere Meldung, daß von der Burganlage keine Pläne mehr vorhanden seien, bestätigt sich nicht. Im Privatbesitz der Regierungsbaumeisters Stahl, Büßelort, befinden sich Photographien und Pläne, an deren Hand der Aufbau der alten befestigten Stadt möglich ist.

2. Jöflein, 11. Okt. Der Kreisrat für den Untertaunuskreis bewilligte zur Deckung nachträglicher Kriegsausgaben die Aufnahme eines Darlehens von einer Million Mark. — Zur Eindämmung der Luftschiffahrt beabsichtigt der Kreisrat die Einführung einer hohen Luftschiffahrtsteuer die neben den örtlichen Gefallen erhoben werden soll.

3. Griesheim, 13. Okt. Ausgerechnet in der Nacht als der Älteste ausnahmsweise die heiligen Gefäße nicht zur Aufbewahrung in das Pfarrhaus getragen hatte, wurde in der katholischen Kirche die Monstranz und der vergoldete Abendmahlstisch gestohlen.

4. Hagenburg, 13. Okt. Auf dem Wege zur Grube Hellenbach bei Grünberg erlitt der 55jährige Bergmann Carl Meyer einen epileptischen Anfall und stürzte dabei in den Hellenbach. Hier wurde er am nächsten Morgen ertrunken aufgefunden.

5. Bad Homburg, 13. Okt. Zwischen der Aktiengesellschaft Bad Homburg und den Treuhändern sind die Verhandlungen zwecks Uebernahme der Badverwaltung erneut aufgenommen worden. Sie dürften damit enden, daß die Aktiengesellschaft in kurzer Zeit aus Bad Homburg verschwindet. Die gesamte Bürgererschaft wehrt sich dagegen, daß die Aktiengesellschaft noch einmal den Städtetrieb übernimmt. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird zwischen der Stadt und der neuen Gesellschaft bald ein neuer Vertrag abgeschlossen, damit mit den Vorarbeiten für die neue Kur begonnen werden kann.

6. Frankfurt, 11. Okt. (Ein Mordanschlag) Zwei hundert Male seit wenigen Monaten suchten Einbrecher das Schneiderbedarfsartikelgeschäft von Carl, Großer Hirschgasse, heim und nahen in der letzten Nacht für 150.000 Mark Seidenstoffe. Dieser letzte Diebstahl wurde mit einer Strenge ausgesetzt, wie er in den Analen der Frankfurter Kriminalpolizei nicht oft vorkommt. Von dem Keller eines Nachbarhauses durchdrangen sie in Stundenlanger Arbeit die dicken Hauswände und drangen durch ein etwa 50 Zentimeter Durchmesser umfassendes Loch in die Geschäftsräume ein, wobei sie die im ganzen Geschäftsräume verstreute Warenvorräte in gewaltiger Weise umgingen. Die Diebe mußten demnach eine außerordentliche Ortskenntnis der Geschäftsräume gehabt haben, der also die Einbrecher mehrere Tage zur Ausführung ihres Werkes gebraucht haben. Wenn die Hausbewohner solche Verbrechen gebürt haben, warum geht man ihnen nicht nach?

7. Frankfurt, 11. Okt. Der letzte Nefttag brachte noch eine ganze Anzahl von Einkäufern nach Frankfurt, von denen jeder einige unverarbeitete Dinge abziehen mußten, weil die Aussteller schon eingepaßt hatten. Namentlich in den Mitgeschäften setzte ein Hasten, Jagen und Schaffen ein, wie man es kaum erlebt hat, da alles noch vor Sonntag nach Hause kommen wollte. Wegen abend war die Festhalle mit Ausnützung der schweren Maschinen die natürlich nicht abmontiert werden konnten, leer. Die Jüge nach auswärts waren überfüllt und namentlich die Fernzüge mußten bedeutend verspätet werden.

Vorbereitet, dazu gesellten sich die Stammgäste, welche ihnen ihrer Fünfzig-Tees versäumten.

Beestows Ruhmesonne strahlte, und Thunelba ließ sich von ihr beleuchten. Sie befand sich auf der Höhe des Glücks. In gehobener Stimmung, völlig berauscht ließ sie sich beglückwünschen, sog sie Auserkennung der Anerkennung, der Begeisterung, enthusiastischer Lobpreisungen ein.

Die Bekannten waren überrascht, verblüfft, bereit, dem genialen Künstler herzlich Abbitte zu leisten dafür, daß man es gewagt hatte, an seinem Können zu zweifeln.

Dabei verdroß es jeden, daß Beestow durch Abwesenheit glänzte. Man hätte ihm doch so gern die Hand gedrückt, Ovationen dargebracht, ihn geehrt und verehrt. Er jedoch entzog sich allen Kundgebungen.

„Man kann es ihm nicht verdenten“, sagte jemand, „er hat im Laufe der Zeit so manches Spottgeschel, manche Anzüglichkeit hinnehmen müssen. Nun möchte ich ihm eine Schmeichelei sagen. Daß das den Künstler anwehrt, ist zu verstehen.“

Thunelba war ihrem Manne böse, daß er auch nicht fernblieb; ihr zu Gefallen hätte er die Glückwünsche der Bekannten, die es doch alle herzlich gut meinten, persönlich entgegennehmen müssen. Aber heimlich hatte er sich fortgeschoben, sie wußte nicht einmal, wohin er gegangen.

Nun mußte sie alles allein einheimen, die Ausrufe des Entzückens, die Debatten über das Kunstwerk, die tühnen Propegeungen, daß Beestow in wenigen Jahren zu den ersten Meistern der Welt gehören werde.

Thunelba konnte gar nicht genug von den Lobpreisungen und Schmeicheleien hören. Sie schwelgte in tausend Wonnen, ihre größten Erwartungen waren übertraffen.

Schön und beneidenswert, hatte sie für jeden ein hebenswürdiges Wort, einen dankbaren Blick, war klug genug, ihren unbegrenzten Stolz unter einem gewinnen-lächeln zu verbergen.

Ein Abglanz dieser Glorie traf auch Marion. Man schätzte sie aus, suchte ihre Nähe, umwarb sie mit unzähligen Aufmerksamkeiten.

Aber auch Marion liebte diesen Trubel nicht. Es

blühten auf, die dritte Messe nach noch einmal festgesetzt werden, daß sie in allen Teilen ein voller unbefriedigter Erfolg gewesen ist, von einer Geschäftsreise wie in Leipzig war kaum etwas zu merken. Das Meßamt wird bei der kommenden Frühjahrsmesse alle Branchen nach Möglichkeit auf dem Festhallengelände zusammenlegen, wodurch die Frankfurter Messe an innerer Geschlossenheit noch weiter gewinnen wird.

Aus dem Unterlahnkreise.

1. Eberstadt, 10. Okt. Der Sonntag brachte unterm Ort eine erhebende Feier. Der Krieger-Gedenktag sollte eingeweiht werden. Aus allen umliegenden Orten waren die Leute herbeigekommen, um den gefallenen Helden ihren Dank zu erweisen. Pfarrer Schulz hielt eine ergreifende Ansprache, die allen Anwesenden zu Herzen ging. Später hielt Kamerad H. Bauer eine zündende Ansprache, die zeigte, daß nicht alles Ehrgefühl und Nationalbewußtsein in unserem lieben deutschen Vaterland gestorben ist. Die Einweihung des Gedenksteins an welchem ein Kranz niedergelegt war, fand unter sehr starker Beteiligung statt. Durch die Musikkapelle wurde die Feier sehr verschönt. Ein einfach feierlicher Stein, zeigt und die Namen der gefallenen Helden an. Möge der Stein der heranwachsenden Jugend immer eine Erinnerung an den großen Weltkrieg sein, der unser armes Vaterland aus Himmelshöhe niederstürzte in ein graufiges Elend. — Es sei hier nicht veräußt, allen denen, die zur Ausgestaltung der Feier beizutragen haben, den herzlichsten Dank zu sagen.

2. Soziale Fürsorge im nass. Handwerk. Die Regierung hat die von der Handwerkskammer in Gemeinschaft mit dem Innungsamt und dem Gewerbeverein für Nassau aufgestellte Satzung für eine Krankenkasse selbständiger Handwerker und Gewerbetreibender genehmigt. Damit ist der Selbstverwaltung des nassauischen Handwerks und Gewerbes eine soziale Einrichtung unterstellt, die es mit Recht seit Jahren forderte. Der Gewerbeverein für Nassau ist mit der Einrichtung und Verwaltung der Kasse durch die Handwerkskammer betraut worden. Seine in Innungen und handwerklichen Vereinigungen, Gewerbevereinen und Genossenschaften vorhandene Beiräte bieten eine Gewähr für eine ins Einzelne gehende praktische und umfassende Verwaltung. Anmeldungen zur Krankenkasse können bei jedem Vorstehenden oder auch durch Postkarte direkt beim Gewerbeverein für Nassau, Wiesbaden, Adolfsstraße 16 erfolgen.

Aus Bad Ems und Umgegend.

1. Kartoffelverkauf. Heute findet den ganzen Tag der Kartoffelverkauf für die Buchstaben von Ca. bis J am Vagunhof statt.

2. Theaterverein. Mit dem heutigen Tage tritt der von früheren Jahren noch wohl überall bekannte Theaterverein wieder an die Öffentlichkeit. Durch Vorstellungen usw. wird er in den kommenden Wintermonaten wieder dazu beitragen, den Emsen recht gemüthliche Stunden zu bereiten, um gleichzeitig dem Krieger- und Kriegshinterbliebenenfonds größere Geldsummen überweisen zu können. Schon viele Hundert Mark wurden in den vergangenen Jahren dem vorbezeichneten Fonds zugeführt. Wir hoffen, auch in diesem Winter wieder auf die Unterstützung der Emsker Bevölkerung. Sehr fleißige Stunden sind schon für die langen Wintermonate festgesetzt. Zu der heute abend stattfindenden Versammlung sind auch diejenigen willkommen, die dem Verein beitreten wollen.

Eingefandt.

Der Herr Einsender in Nr. 233 der Emsker Zeitung gibt zu, daß man an dem Satz „ohne Unterschied der Nation“ Anstoß nehmen kann. Im Folgenden erklärt er jedoch, daß dieser gestrichen sei und an Stelle dessen die einstimmig gefasste Bestimmung trete, daß nur solche Ausländer aufgenommen werden dürften, deren Länder (sind Stiftungen einzelner Ausländer gemeint?) sich finanziell an der Gründung des Heimes bis zum 1. Juli d. J. beteiligt haben. — Ich frage hiermit meine Mitbürger, ist das etwas anderes? Bezahlt irgend ein Ausländer 1000 Mark, die im Gelde der betr. Landeswährung meistens nur den 10. Teil betragen, so ist die Verwaltung des Heimes verpflichtet, Angehörige dieses Landes aufzunehmen, nicht etwa für ein Jahr, sondern für ewig.

Nun frage ich, wer hat das meiste Geld zur Gründung des Heimes gestiftet, vielleicht ein Ausländer, oder sind es unsere Landesleute gewesen? Das letztere ist wohl ohne Zweifel richtig.

Die oben genannte Forderung ist somit nur eine geistliche Rechtsfindigkeit, die den harmlosen Deutschen Sand in die Augen streuen soll. Sind wir Deutschen denn von diesem elenden Wahne des Auslandsstufes noch immer nicht geheilt? Welche Gesellschaft welchen Landes ist so menschenfreundlich, die unseren Landesleuten in einer solchen Weise hilfsbereit entgegenkommt? Man wird wohl lange suchen können, ohne etwas zu finden.

war ihr lästig, sich so auffällig umschmeicheln zu sehen, und als die Gesellschaft, noch beunruhigt und aufgeregt, an den Tischen Platz genommen, aber doch schon bereit, alltägliche Themen gelten zu lassen, schlich sie sich davon und glitt dem Bilde gegenüber in einen Sessel, der hinter einer hübschen japanischen Wand stand.

Marion ließ die Eindrücke der letzten Stunden an sich vorübergleiten, froh, daß diese geräuschvollen Abende nur einmal in jeder Woche stattfanden, wo sie sich vereinsamer fühlte, wie in einer Einside. Aber Thunelba hatte ihr schon zugeflüstert, daß sie im allgemeinen auf Reinholds Wunsch still und zurückgezogen lebten. So war es Marion recht.

Sie gedachte auch ihres verstorbenen Vaters, an den sie durch Thunelbas lebhaftes, ein wenig zum Sensationellen neigendes Wesen erinnert wurde.

Sie hatten freundlich nebeneinander hingelegt, ohne sich sonderlich zu verstehen.

Zuweilen war es ihr, als müsse sie noch etwas sehr Liebes und Schönes erleben, das sie bisher nur aus Büchern und vom Hörensagen kannte, eine Liebe, die einer Offenbarung gleich.

Sie war so vertieft, daß sie das Geräusch sich nähernder Schritte und Stimmen völlig überhört hatte.

Nun sah sie auf. Ohne selbst bemerkt zu werden, konnte sie die beiden Herren, welche jetzt vor dem Bilde standen, genau beobachten. Das machte ihr Spaß. Sie lächelte.

Würde man auch jetzt Beestows Loblied singen oder — „Donnerwetter“, sagte in diesem Moment Lendorf, denn er war einer der beiden Herren, „einfach fabelhaft! Na, wenn das Beestow gemalt hat, lasse ich mich hängen!“

Der andere sah ihn verblüfft an, versenkte sich dann aber in den Anblick des Porträts und gab seiner Bewunderung für das feine unverhohlene Ausdruck. „Der Mann versteht zu überraschen. Offen gesagt, habe ich ihm eine so ausgezeichnete Leistung nicht zugezählt. Das Bild lebt ja! Es ist meines Erachtens ein Kunstwerk ersten Ranges!“

Sehr richtig, Herr Geheimrat, nur mit dem Unterschied, daß es kein Beestow ist. Dessen Technik kenne ich genau, um mir einen solchen Bären ausfinden zu lassen. Jede Wette will ich eingehen, daß Beestow das Bild da nicht gemalt hat!“

(Fortf. folgt.)

Ich betone nochmals, hinzu kommt, daß Deutschland ein armes, sehr armes Land ist, welches nicht in der Lage ist, in großzügigster Weise Ausländern, die schon ohnedessen für ein paar Pfennige hier leben, einen noch billigeren Aufenthalt zu verschaffen. Es gehört kein Ausländer in dieses Heim.

Der Herr Einsender sagt selbst, daß der Vorstand sich bewußt ist, das Heim im vaterländischen Geiste leiten zu müssen, da sonst die hieran geknüpften Hoffnungen nicht eintreffen. Wenn der Vorstand dieses Bewußtsein hat, dann öffnet man nicht Ausländern Tür und Tor.

Es sei hiermit nochmals im Namen einer sehr großen Anzahl Emsker Bürger um Aenderung auch dieses ungemodelten Paragraphen gebeten. Sollte diese Bitte vergebens sein, so werden wir es versuchen, die Sache höheren Ortes zur Sprache zu bringen.

Aus Nassau und Umgegend.

1. Das „Eiserne Kreuz“ 2. Klasse wurde heute nachträglich dem Hauptwirt H. Bode von seiner Truppe überreicht.

2. Die Deutsche Volkspartei, Ortsgruppe Nassau und Umgebung wählte in seiner am vergangenen Samstag stattgefundenen Versammlung Herr Ingenieur Schulte zum Vorsitzenden.

Deutsche Nachrichten.

Eigener Drahtnachrichtendienst der Emsker und Diezer Zeitung.

Kärnten Deutsch.

1. Klagenfurt, 13. Okt. Die Abstimmung hat eine Mehrheit für Österreich gebracht. Es wurden abgegeben für Österreich 21352 Stimmen, für Jugoslawien 15096 Stimmen. Es sind demnach 59,14 v. H. der Stimmen für Österreich. Im ganzen Abstimmungsgeschehen herrscht großer Jubel und Freude. Die Häuser sind in einem Flagenwall verschwunden. Es finden Dankgottesdienste statt.

Eine Präsidentschaftskandidatur Hindenburg.

Gutem Vernehmen nach sollen die Reichsparteien als ihren Kandidaten für die kommende Präsidentschaftswahl den Feldmarschall von Hindenburg ausgesucht haben, nachdem letzterer zu seiner Kandidatur die Genehmigung erteilt hatte.

Die Reichsregierung gegen weitere Kohlenpreissteigerung.

1. Berlin, 13. Okt. In der nächsten Zeit werden mit der Regierung Verhandlungen gepflogen, um zu einer einheitlichen Preisregelung im ganzen Reich zu kommen. In der Kohlenförderung nähern wir uns dem Friedensstande. Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß eine weitere Kohlenpreissteigerung nicht mehr zulassen sei und den unsinnigen Preistreibern energig entgegengetreten werden müsse. Die Reichsregierung hat auch die Zusage gegeben, auf die in Betracht kommenden Stellen, besonders auf die Kartelle einen Druck auszuüben.

Auch die Frage der Kohlenbekämpfung wird demnächst den Gegenstand einer besonderen Besprechung mit der Reichsregierung bilden.

Zum Streik im Berliner Zeitungsgewerbe.

1. Berlin, 13. Okt. Im Reichsarbeitsministerium fand heute vormittag eine Vorbesprechung mit den Vertretern der Streikenden statt. Erörtert wurden die statistischen Grundlagen, auf die die Streikenden ihre Forderungen stützen. Die Einigungsverhandlungen selbst begannen gegen 12.30 Uhr. Ueber ihren Verlauf liegen bis jetzt noch keine Nachrichten vor.

Demonstration der Arbeitslosen in Berlin.

1. Berlin, 13. Okt. Mehrere Tausend Arbeitslose und Notstandsarbeiter aus Neukölln marschierten heute nachmittag nach dem Neuköllner und dann nach dem Berliner Rathaus, um die Forderungen der Berliner Arbeitslosen zu unterstützen. Von den Berliner Arbeitslosen hatten sich nur wenige eingefunden. Die Demonstranten hielten die Straßenbahnwagen an. Eine Deputation trug die Wünsche der Arbeitslosen im Rathaus dem Unabhängigen Stadtrat Weiß vor, worauf sich die Menge zerstreute.

Vom soz.-demokr. Parteitag.

1. Kassel, 13. Okt. Der sozialdemokratische Parteitag hielt heute eine Vorbesprechung ab. Der Nachmittags war für einen Ausflug nach Wilhelmshöhe bestimmt. Die Diskussion über den Bericht der Reichstagsfraktion wurde fortgesetzt. Es wurden zahlreiche einzelne Anträge besprochen. Sie betrafen den Schutz Oberlehrern, Schutz der Frauen, Erlassung des Vermögens bei der Besteuerung, Erlassung der Renten der Kriegshinterbliebenen und Kriegshinterbliebenen, Schutz des Sozialrechts. Es folgte die Aussprache über die Wirtschaftspolitik. Der frühere Reichsarbeitsminister Wiffel und sein Nachfolger im Amt Robert Schmidt entwickelten in längeren Darlegungen ihren entgegengesetzten Standpunkt. In einer Konferenz der preussischen Delegierten, die gestern abend stattfand, sprach man sich dahin aus, daß die Verfassungen und das Wahlrecht so schnell wie möglich erledigt werden, so daß die Reichswahlen Anfang nächsten Jahres stattfinden könnten. Mit Rücksicht auf die Erfahrungen, die man mit den beschleunigten Reichstagswahlen nach dem Kaputtgange gemacht habe, sprach man sich gegen jede überhastete Wahl aus.

Protest der U. S. P.

1. Halle, 13. Okt. Der Parteitag der unabhängigen Sozialdemokraten beschloß heute, ein Protesttelegramm an das Auswärtige Amt zu richten, da dieses sich noch nicht habe bereit finden lassen, die Aufenthaltserlaubnis für die russische Delegation als Monarch zu verlängern.

Besprechungen in München.

1. München, 13. Okt. Wie die neuesten Nachrichten melden, ist Reichsernährungsminister Dr. Hermann Abgert. Am Montag hatte er mit dem Landwirtschaftsminister Juchacz eine Besprechung wegen landwirtschaftlichen Fragen, u. a. wegen der Genehmigung für zu verwenden, Stelle von Kartoffeln Mais zu Brennholz.

Bayern kaufte Mais in Südschweden.

Die Moskauer Buchdrucker sen das Rätesystem.

1. Paris, 13. Okt. Die Moskauer Buchdrucker haben an die Proletarier, gegen die Räterepublik erklärt, in welchem Maße die Moskauer Buchdrucker, (Eine Willkür) der Räterepublik am eigenen Leibe welche die Schwärmen Reuegerie. Zur gleichen Zeit erfahren die deutschen U. S. P. den Anschluß an dieses heilige als Bakterien erklärte System.)

